

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 4

Artikel: Dafür und dagegen? : braucht die Schweizer Wirtschaft die Bilateralen Verträge II?
Autor: Walker, Felix / Baader, Caspar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-723895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

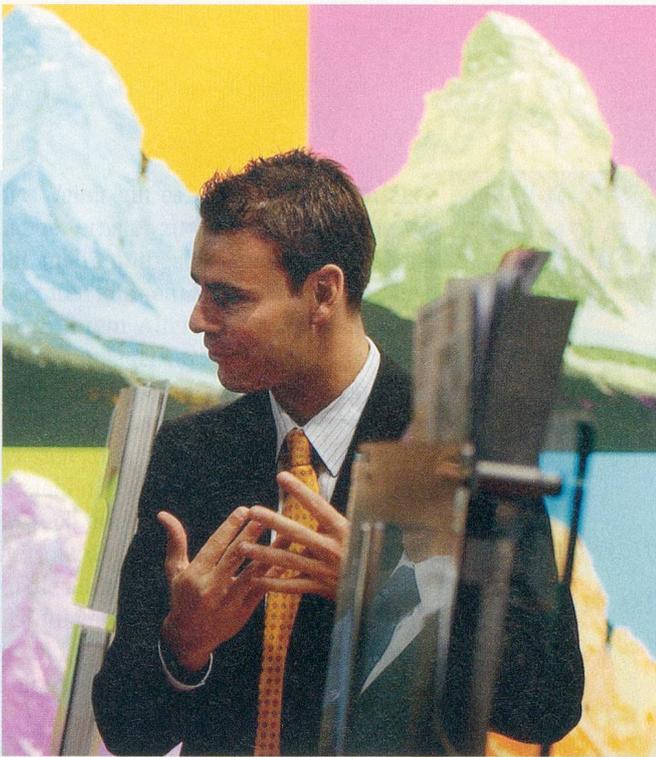
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



BILDER: KEYSTONE/EDDY RISCH, ZVG

Braucht die Schweizer Wirtschaft die Bilateralen Verträge II?

Zwei Europa-Vorlagen kommen dieses Jahr vor das Volk: der Beitritt zum Schengen/Dublin-Abkommen am 5. Juni und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder am 25. September. Ob sie den Standort Schweiz stärken oder schwächen würden, ist umstritten.

Mit Schengen/Dublin wird unsere Sicherheit erhöht. Nur wer sicher ist, investiert und schafft Arbeitsplätze. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen Schwerverbrechen wird verbessert. Unsere Polizei erhält Zugang zur europaweiten Verbrecherdatenbank. Dass die Aufenthaltsbewilligung von international gesuchten Kriminellen ahnungslos jahrelang erneuert wird, wie dies in der Westschweiz geschehen ist, darf nicht mehr vorkommen. Der Schweizer Tourismus profitiert durch die Visaregulation ganz direkt, und das Bankkundengeheimnis wird erstmals in einem Staatsvertrag anerkannt und langfristig gesichert.

Im Asylbereich wird verhindert, dass die Schweiz zum Zufluchtsort von in 27 europäischen Staaten abgewiesenen Asylbewerbern wird. Das entlastet die Bundeskasse.

Besonders wichtig für die Wirtschaft ist die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens, welches das Schweizervolk im Jahr 2000 mit 67 Prozent Ja-Stimmen angenommen



DAFÜR: Felix Walker,
Nationalrat CVP SG

hat. Neu sollen auch gesuchte Arbeitnehmende aus den neuen EU-Staaten hier arbeiten dürfen – vorausgesetzt, für die Arbeitsstelle findet sich niemand in der Schweiz und die knappen Kontingente sind nicht ausgeschöpft. Nur wer einen Arbeitsvertrag hat, darf kommen, Arbeitslose nicht.

Die EU als Abnehmerin von über 60 Prozent unserer Exporte ist unser wichtigster Wirtschaftspartner. Hunderttausende von Arbeitsplätzen sind von guten Wirtschaftsbeziehungen abhängig. Bei einem Nein zur Ausdehnung dürfte die EU das ganze Abkommen kündigen, womit alle Verträge der Bilateralen I dahinfallen würden. Für die Schweizer Wirtschaft wäre dies schlicht eine Katastrophe.

Die Bilateralen II umfassen neun voneinander unabhängige Abkommen mit der EU, acht davon wurden vom Parlament genehmigt und treten in Kraft. Ob sie der Wirtschaft zusätzliche Vorteile zu den Bilateralen I bringen, wird die Zukunft zeigen. Das neunte Abkommen, der Schengen/Dublin-Vertrag, nützt unserer Wirtschaft nichts – im Gegenteil, er gefährdet die Sicherheit und das Selbstbestimmungsrecht unseres Landes. Damit das Volk entscheiden kann, hat die SVP das Referendum dagegen ergriffen.

Das Endziel des Schengen-Abkommens, aber auch des im September zur Abstimmung gelangenden Vertrages über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist dasselbe. Letztlich sollen alle frei in die Schweiz einreisen können. Schengen bedeutet freie Fahrt für Kriminelle. Die Personenfreizügigkeit bedeutet freien Grenzübertritt für Stellensuchende aus den neuen EU-Oststaaten ab 2011.

Mit der Annahme von Schengen müsste die Schweiz ihre Grenzkontrollen aufheben. Die jährlich wegen ungültiger



DAGEGEN: Caspar Baader,
Nationalrat SVP BL

Pässe an der Grenze zurückgewiesenen 100 000 Personen sowie die dort zusätzlich verhafteten und der Polizei übergebenen 35 000 Straftäter könnten künftig unbehelligt in unser Land kommen. Das heisst mehr Illegale und Kriminelle! Das kann nie im Interesse unserer Wirtschaft sein!

Ausserdem würden wir uns bei einem Beitritt zu Schengen in wichtigen Bereichen der inneren Sicherheit dem künftigen EU-Recht unterwerfen und verlören unsere Unabhängigkeit in Visumsfragen. Schengen bedeutet eine klare Preisgabe unseres Selbstbestimmungsrechts und einen Teilbeitritt zur Europäischen Union. Darauf gibt es nur eine Antwort: Nein!